

Bildung ist die beste Verteidigung

Deutsche Bahn lehnt Veröffentlichung von Friedensplakaten ab

Protest gegen De-facto-Annexion der Westbank

442 Parlamentarier*innen schreiben an europäische Regierungen

„Außerhalb unserer Blase wenig erreicht“

Zwischenruf eines ehemaligen pax christi Mitglieds



Inhalt

Aktuelles **03**

pax christi Kampagne
Menschenrecht statt Moria

Daniel Hügel

Buchvorstellung **04**

Neue Graphic Novel: Gegen mein Gewissen

Christian Turrey

Landtagswahlen in Baden- Württemberg **07**

Deutsche Bahn lehnt Friedensplakate ab

Richard Bösch

Spirituelles **10**

Ostern – aus der Sicht
von Maria von Magdala

Norbert Brücken

Zwischenruf **12**

„Außerhalb unserer Blase
wenig bis gar nichts erreicht“

Ein ehemaliges Mitglied

Friedensbildung **14**

Neues Unterrichtsmaterial:
Leben in Frieden und Sicherheit?

Richard Bösch

Jahresschwerpunktthema **16**

Protest gegen De-facto-Annexion
der Westbank

Übersetzung aus dem Englischen: Richard Bösch

Engagement konkret **18**

Entrüstet unterwegs?! –
Rüstungskritische BDKJ-Jugendaktion

Katharina Schmitt und Sophie Zender

Service **19**

Termine/ Impressum

Editorial

Liebe Leser*innen,

in der letzten Sitzung des Vorstands von pax christi Rottenburg-Stuttgart hat unsere Geistliche Beirätin, Irmgard Deifel, Dorothee Sölles Gebet „Der dritte Weg“ als Impuls eingebracht, hier ein Auszug:

*Wir sehen immer nur zwei Wege
sich ducken oder zurückschlagen
sich kleinkriegen lassen oder
ganz groß herauskommen
getreten werden oder treten
Jesus du bist einen anderen Weg gegangen
du hast gekämpft aber nicht mit Waffen
du hast gelitten aber nicht das Unrecht bestätigt
du warst gegen Gewalt aber nicht mit Gewalt.
Wir sehen immer nur zwei Möglichkeiten
selber ohne Luft sein oder andern die Kehle zuhalten
Angst haben oder Angst machen
geschlagen werden oder schlagen
Du hast eine andere Möglichkeit versucht
und deine Freunde haben sie weiterentwickelt [...]*

Mich persönlich holen diese Zeilen, so oft ich sie auch lese, immer wieder ab. Sie regen mich an, darüber nachzudenken, was hinter den verschärften Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen unserer Zeit steckt und wie der beschleunigte gesellschaftliche Wandel und weltweite Krisen auch bei mir Ängste und ein Bedürfnis nach Sinn und Eindeutigkeit aufkommen lassen. Dabei frage ich mich, inwieweit auch friedenspolitisches Engagement von binärem Denken durchdrungen sein könnte, das es schwer macht, um mit Dorothee Sölle zu sprechen, „dritte Wege“ in den Blick zu nehmen ... Lassen Sie uns gerne wissen, was Sie darüber denken!

In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Lektüre mit der neuen pax info! Bleiben Sie gesund!

Pace e bene
Richard Bösch, für das Redaktionsteam
Sabine Seebacher, Christian Turrey



pax christi Kampagne Menschenrecht statt Moria

Von September bis Dezember 2020 haben wir mit der Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ gemeinsam die Öffentlichkeit für die katastrophalen und unmenschlichen Lebensverhältnisse der Menschen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Ägäis-Inseln sensibilisiert. Zwar haben wir das Ziel, mit einem Bundestagsbeschluss die Aufnahme der Geflüchteten von den griechischen Inseln vor Weihnachten zu ermöglichen nicht erreicht. Dennoch sind wir diesem Ziel einen Schritt nähergekommen. Denn mit den zahlreichen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, ist es gelungen einen Appell mit zu initiieren, der kurz vor Weihnachten von 250 Abgeordneten unterzeichnet und an die Bundesregierung übergeben wurde. Dieser Appell setzt sich im Sinne unserer Kampagne für eine Beschleunigung der Aufnahme Geflüchteter in Deutschland ein.

Die Europäische Union wehrt weiterhin Migration ab: Durch illegale Pushbacks, Sterbenlassen im Mittelmeer und menschenunwürdige Zustände in Hotspots wie Moria. Deutschland darf diese systematischen Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen nicht länger dulden!

Deshalb machen wir weiter mit der Kampagne, nun unter dem Titel „Menschenrecht statt Moria“! Wir wollen den Bundestagswahlkampf nutzen, um die Parteien und ihre Kandidat*innen im ganzen Land mit unseren Anliegen zu konfrontieren. Menschenrechte gelten besonders für Schutzsuchende, deshalb fordern wir:

- » **Die Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen und die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland**
- » **Eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik**



Aktiv werden für Menschenrecht statt Moria!

Die Träger*innen der Kampagne „Menschenrecht statt Moria“ machen durch Aktionen auf die Situation der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen aufmerksam. Kontaktieren Sie Ihre Bundestagsabgeordneten und/ oder Kandidat*innen, damit diese sich für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik der EU, die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland und schnelle humanitäre Lösungen einsetzen.

Verleihen Sie unseren Forderungen durch Aktionen Nachdruck!
Wir bieten: Argumente, Musterbriefe, einen Newsletter und vieles mehr.
Mehr Infos und Aktionsmaterial unter www.menschenrecht-statt-moria.de

pax christi führt die bundesweite Kampagne „Kein Weihnachten in Moria! Notleidenden helfen – Geflüchtete aufnehmen!“ unter dem Titel „Menschenrecht statt Moria“ fort. Projektreferent Daniel Hügel gibt in pax info erste Informationen.



Daniel Hügel,
Projektreferent der Kampagne und
Friedensarbeiter im pax christi
Diözesanverband Münster



Neue Graphic Novel: Gegen mein Gewissen

Christian Turrey stellt in seinem Beitrag die neu erschienene Graphic Novel „Gegen mein Gewissen“ von Hannah Brinkmann vor. Sie erzählt darin die Geschichte ihres Onkels, des Kriegsdienstverweigerers Hermann Brinkmann.

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Wie Artikel 4 Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes im Jahre 1973 für den 19jährigen Hermann Brinkmann gewissermaßen zum Todesurteil wurde, erzählt seine Nichte Hannah Brinkmann in ihrem bildstarken, eindrucksvollen Werk.

Ausgangspunkt für die Geschichte war die Todesanzeige ihres Onkels, die Hannah Brinkmann findet, als ihre Großmutter 2004 stirbt. Die Familie hatte in der Todesanzeige Hermanns letzte Lebensstationen benannt: 1. Oktober 1973 Einberufung zur Bundeswehr trotz laufenden Verfahrens auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer (KDV), Depressionen durch den Zwang zum Waffendienst, trotz psychiatrischer Untersuchung kein Grund zur Entlassung, 14 Tage später „Tod durch Starkstrom“. Die Anzeige wurde nicht nur lokal veröffentlicht, sondern auch überregional in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und erregte damit viel Aufsehen.

Hermann starb für seine Gesinnung

Die Comickünstlerin Hannah Brinkmann hat während ihres Studiums für grafische Erzählung verstanden, „dass Hermanns Geschichte nicht nur eine persönliche Geschichte ist, die unsere Familie betrifft, sondern für einen Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte und das Schicksal so vieler junger Männer steht, die durch das Anerkennungsverfahren schikaniert und gedemütigt wurden“. Das zeigen Bilder wie die rechts abgebildeten (119), die die „Gewissensprüfung“ vor einem Ausschuss des Kreiswehrrersatzamts illustrieren.



Hannah Brinkmann: Gegen mein Gewissen, Avant-Verlag, 232 Seiten, ISBN: 978-3-96445-040-1, Hardcover.

Wer weiß denn heute noch, dass der besagte Artikel 4, Absatz 3 GG auch dazu diente, die Schaffung einer neuen Armee im Nachkriegsdeutschland zu rechtfertigen? Wenn die Mütter und Väter des Grundgesetzes einen solchen Artikel aufgenommen hatten, hatten sie wohl auch an einen Wehrdienst gedacht, argumentierten Befürworter wie Konrad Adenauer. Bis in die 1970er Jahre galt Kriegsdienstverweigerung als System-zersetzend, und die jungen Männer, die ein Grundrecht in Anspruch nahmen, als „Drückeberger“.

„Märtyrer des Gewissens“ nennen wir von pax christi Menschen wie Josef Ruf, die ihren Gewissen treu sich Hitlers Armee verweigert haben. Auch wenn ich die politischen Systeme NS-Staat und Bundesrepublik keinesfalls gleichsetzen will, bleibt doch zu fragen, ob nicht auch Menschen wie Hermann Brinkmann als Märtyrer des Gewissens bezeichnet werden sollten. Ich denke, ja.



Herr Brinkmann, wir entscheiden, wie die Situation aussieht.

In diesem Fall haben Sie ein Messer dabei.



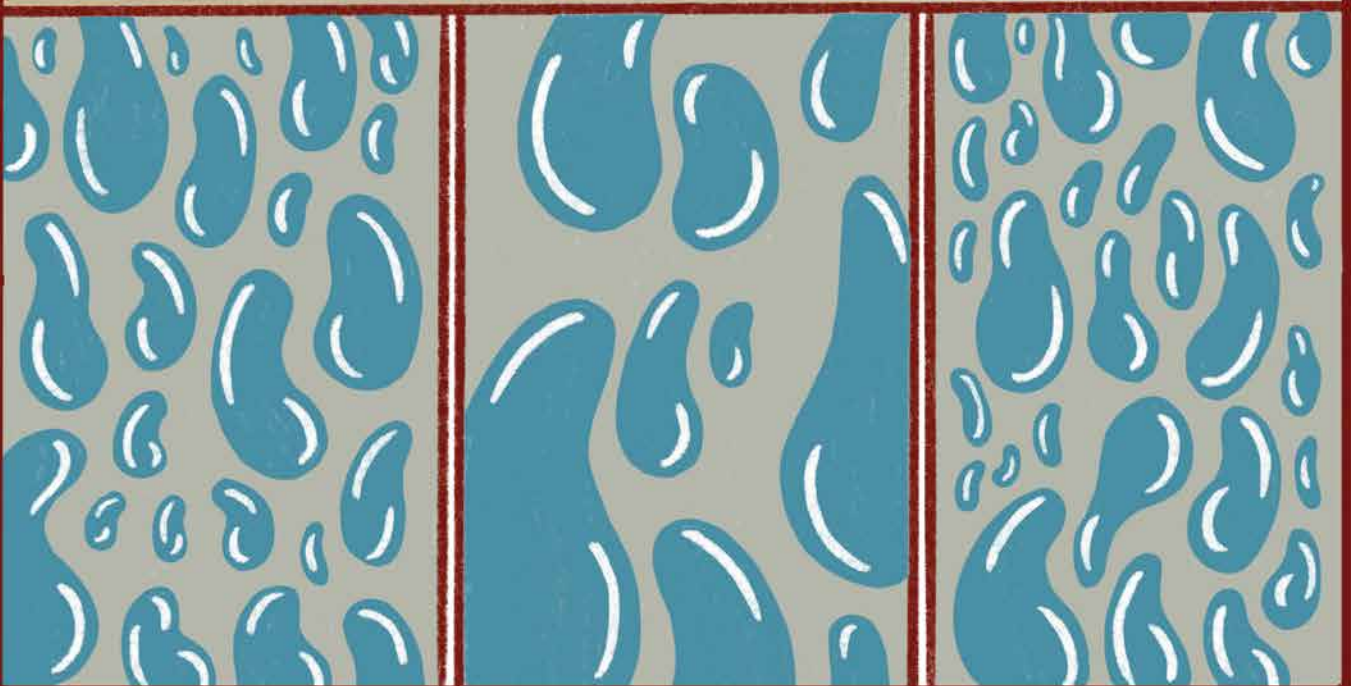
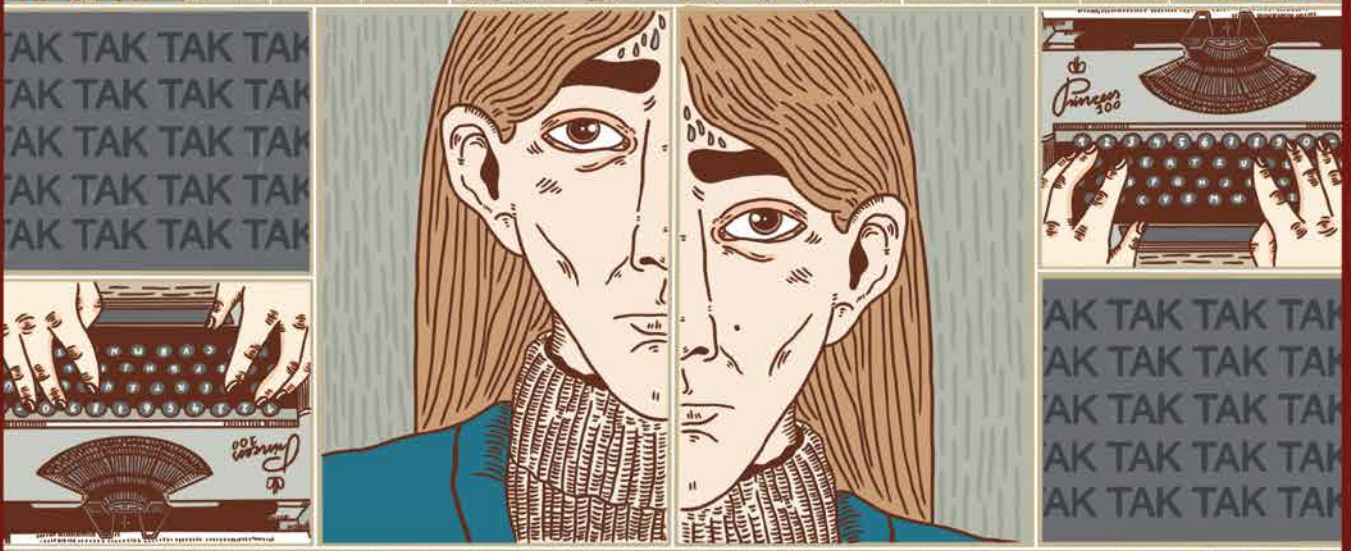
Ob ich es anwende im Affekt - aus Angst - wie soll ich das voraussagen?



Na bitte ...



Was soll das denn nun schon wieder heißen?



Auch interessant ...

Lebenshaus Schwäbische Alb startet Projekt „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“

Hannah Brinkmann erinnert an einen Menschen, der für seine pazifistische Gesinnung starb. Und sie ruft die heute fast vergessenen Debatten der Nachkriegszeit in Erinnerung, als die Diskussion um die Wehrpflicht in der Bundesrepublik hohe Wellen schlug. Das Lebenshaus Schwäbische Alb greift dies im Projekt „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“ auf und veröffentlicht auf einer neuen Internetseite persönliche Geschichten von Kriegsdienstverweigerern. Initiator Michael Schmid: „Wir hoffen, dass das zur Ermutigung sowohl von Betroffenen wie auch von Außenstehenden beitragen kann. Erinnern kann uns Kraft geben für unser Engagement für eine gerechtere, friedvollere, andere Welt. Wir wollen ebenfalls sichtbar machen, welchem Unrecht wehrpflichtige junge Männer insbesondere bis 1983 oftmals ausgesetzt waren, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland den Kriegsdienst verweigern wollten. Gleichzeitig geht es uns darum, damit den wichtigen Beitrag der Kriegsdienstverweigerung zu einem zivilisatorischen Fortschritt zu würdigen, indem sich Hunderttausende Männer geweigert haben, sich an der Waffe zum Töten ausbilden zu lassen. Das ist gerade angesichts der in Deutschland periodisch aufflackernden Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht von Bedeutung. Auch bei Meinungsumfragen spricht sich eine Mehrheit dafür aus, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Dass in unserem Land wieder junge Menschen ins Militär gezwungen werden, dem wollen wir gerne entgegenwirken.“

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de sowie unter www.lebenshaus-alb.de

Jahresbericht des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung

Das „European Bureau for Conscientious Objection“ (EBCO) ist ein 1979 gegründeter europäischer Dachverband für nationale Friedensorganisationen mit Sitz in Brüssel, die Kriegsdienstverweigerer unterstützen und sich für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzen.

Der jährliche Bericht, der die Situation in den Mitgliedstaaten des Europarats wiederspiegelt, kommt zu dem Schluss, dass Europa im Jahr 2020 kein sicherer Ort für Kriegsdienstverweigerer war. Kriegsdienstverweigerer waren mit strafrechtlicher Verfolgung, Festnahmen, Militärgerichtsprozessen, Gefängnisstrafen, Geldstrafen, Einschüchterungen, Übergriffen, Morddrohungen und Diskriminierung konfrontiert, so der Bericht, der hierzu u. a. die Situation in der Türkei, Armenien, Aserbaidschan, Ukraine und Griechenland anführt.

Weitere Informationen zum EBCO finden Sie unter www.ebco-beoc.org

THE EUROPEAN BUREAU FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION
CO-SIGNS THE PEACE STATEMENT SIGNED BY YOUNG
PEOPLE FROM AZERBAIJAN AND ARMENIA CALLING FOR
PEACE IN NAGORNO-KARABAKH

“Defending peace is not a neutral position. We reject
the militarist positions conditioned by narratives of war
and instead seek pathways to build peace.”



Stellungnahme des EBCO zum Krieg um Bergkarabach



Christian Turrey,
Mitglied im Vorstand von
pax christi Rottenburg-Stuttgart

Deutsche Bahn lehnt Friedensplakate ab



In einem Schreiben an die für die Plakatierung beauftragte Firma Ströer – Deutsche Städte Medien GmbH (Stuttgart) begründete die Bahn ihre ablehnende Haltung damit, dass „die Deutsche Bahn [...] ihre Neutralität wahren“ möchte. Diese sehe sie im Falle der Plakate „aufgrund ihrer Aussagen gegen die Bundeswehr“ als gefährdet an. Das landesweite Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden!“, das als Zusammenschluss von Friedensorganisationen, kirchlichen Gruppen und Gewerkschaften die Plakate initiiert hatte, reagiert auf die Ablehnung der Bahn mit Unverständnis.

„Für uns als Bündnis ist die negative Entscheidung der Bahn nicht nachvollziehbar“, sagt der Sprecher des Bündnisses, Klaus Pfisterer. „Unsere Plakate wenden sich ja nicht generell gegen die Bundeswehr. Vielmehr wenden wir uns mit den Plakaten gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und sprechen uns für mehr Friedensbildung an Schulen aus.“ Das Bündnis setzt sich seit vielen Jahren für Friedensbildung an Schulen in Baden-Württemberg ein und sieht die Praxis der Bundeswehr, Jugendoffiziere und Karriereberater*innen an Schulen zu entsenden, kritisch. Die Kritik des Bündnisses entzündet sich hierbei insbesondere an der Präsenz der Karriereberater*innen, da diese nach Überzeugung der Bündnisorganisationen in den Schulen Werbung und Rekrutierung bei den meist minderjährigen Schüler*innen betreiben. Und genau diese höchst umstrittene Praxis der Bundeswehrpräsenz an Schulen sollte nun in Verbindung mit der Forderung nach einer Stärkung der Friedensbildung anlässlich des Landtagswahlkampfes mit zwei Plakatmotiven in Bussen, S- und U-Bahnen sowie an Bahnhöfen in Baden-Württemberg öffentlich thematisiert werden.

In einem Brief an die Deutsche Bahn hat das Bündnis die Verantwortlichen dazu aufgefordert, ihre negative Entscheidung gegenüber der Plakatierung zu revidieren. Vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr etwa im Rahmen ihrer Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ in und vor den Bahnhöfen Werbeplakate in großem Stil zeigen konnte, ist der Verweis auf eine Selbstverpflichtung zur Neutralität der Bahn nicht haltbar. Und auch aus juristischer Perspektive gibt es nach Rücksprache mit Rechtsexpert*innen keine Neutralitätspflicht der DB. Für das Bündnis sei es daher nicht nachvollziehbar, dass die Bahn einerseits die Werbekampagne der Bundeswehr ganz offensichtlich unterstützt und andererseits den Einsatz für Friedensbildung in baden-württembergischen Schulen behindert.

Auch auf Nachfragen von Journalist*innen, die den Vorfall aufgegriffen haben, bleibt die Bahn bei ihrer Linie, wie DB-Sprecher Achim Stauß erklärt: „Die DB lässt auf ihren Werbeflächen aus Gründen der Neutralität keine politische Werbung zu. Die Aussage ‚Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen‘ haben wir nicht als neutral, sondern als politisch wertend eingestuft und daher abgelehnt.“ Zum Thema Bundeswehrwerbung Stauß weiter: „In den Motiven, mit denen die Bundeswehr wirbt, etwa in der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“, sehen wir keinen Regelverstoß“. Viele Bahnkund*innen sehen das allerdings anders. Häufig erreichen die im Bündnis engagierten Organisationen Nachrichten von Menschen, die sich über die Plakate der Bundeswehr empören. Zum einen, weil sie Sorge haben, dass dadurch der Beruf des Bundeswehrsoldaten als eine Arbeit wie jede andere normalisiert werden soll, zum anderen, weil sich die Werbung explizit an Jüngere richtet. Zweifellos profitiert

Die Deutsche Bahn hat es abgelehnt, in ihrem Verantwortungsbereich Plakate aufhängen zu lassen, die sich anlässlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg kritisch mit der Bundeswehrpräsenz an Schulen auseinandersetzen. Die Initiatoren der Plakatkampagne, darunter pax christi Rottenburg-Stuttgart, reagieren mit Unverständnis.

die DB auch von der Bundeswerbung – der Bundeswehr steht ein Etat von 30 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Statt in Bahnhöfen, Bahnen und Bussen hingen die Plakate bis 15. März im öffentlichen Raum in Stuttgart, Mannheim, Ulm, Reutlingen, Friedrichshafen, Heilbronn, Karlsruhe und Freiburg. Das Bündnis wird sie auch weiterhin in der Öffentlichkeit präsentieren. Wenn Sie diese Aktionen gezielt unterstützen möchten, informieren Sie sich gerne unter www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

*Richard Bösch,
Für das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr –
Lernen für den Frieden!“*

Hintergrund: Zentrale Forderungen des Bündnisses

✓ Schulen als freie Räume des Lernens, Wissens und Entdeckens stärken

Der Lernort Schule, an dem Kinder und Jugendliche zu selbstständigem, eigenschöpferischem Lernen und Gestalten angeregt werden, muss dem Wettbewerb politischer, wirtschaftlicher und sozialer Partikularinteressen entzogen sein. Denn dieser Wettbewerb findet unter strukturell Ungleichen statt und, einmal in Schulen hineingetragen, begrenzt und behindert er die freie Entfaltung junger Menschen und das Entdecken ihrer Talente, Fähigkeiten und Interessen. Es bedarf wachsender Investitionen in Bildung, um die bestmögliche Ausbildung von Lehrer*innen und die bestmögliche Ausstattung von Schulen zu ermöglichen.

✓ Kooperationsvereinbarungen kündigen

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. In Baden-Württemberg gibt es seit 2009



Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



V.S.S.B.P. / © Roland Bach, Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, Weststraße 10, 70382 Stuttgart



Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

V.S.S.B.P. / © Roland Bach, Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, Weststraße 10, 70382 Stuttgart

eine Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr. Jugendoffiziere treten im Unterricht, in der Referendar*innenausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung von Lehrer*innen auf. Somit erhalten sie mit dieser Vereinbarung einen privilegierten Zugang zu den Schulen. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht im Juli 2011 intensiviert die Bundeswehr ihre Nachwuchswerbung. Für Werbemaßnahmen (Plakate, Filme, You-Tube Serien etc.) werden jährlich 30 Millionen Euro ausgegeben. Die Bundeswehr setzt verstärkt Karriereberater*innen zur Anwerbung von Jugendlichen in den Schulen ein. Sie werben dort um Nachwuchs für die Streitkräfte und stellen die Bundeswehr als Arbeitgeber wie jeder andere dar. Jugendlichen wird ein normaler Job versprochen. Diese Aktivitäten werden von der Kooperationsvereinbarung nicht erfasst. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat Deutschland schon mehrfach aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen. Dagegen verstößt die Bundesrepublik als eines der wenigen Länder weltweit. Seit 2011 wurden mehr als 15.000 Minderjährige einberufen. Die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr muss gekündigt werden.

✓ Friedensbildung fördern

Die baden-württembergische Landesverfassung formuliert in Art. 12 den Auftrag, „die Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe zu erziehen“. Die 2015 eingerichtete Servicestelle Friedensbildung in Trägerschaft des Kultusministeriums, der Landeszentrale für politische Bildung und der Berghof Foundation, unter beispielhafter Beteiligung von 17 Organisationen der Zivilgesellschaft, kommt diesem Auftrag nach und ist ein ‚Leuchtturmprojekt‘ weit über die Landesgrenzen hinaus. Sie vernetzt, veröffentlicht und setzt viele neue Impulse, z. B. durch das Projekt „Modellschule Friedensbildung“. Es bedarf eines strukturellen und personellen Ausbaus der Servicestelle. Parallel dazu soll die Querschnittsaufgabe Friedensbildung durch die Einrichtung eines Lehrstuhls im Bereich der Lehrer*innenausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen verankert werden.



Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



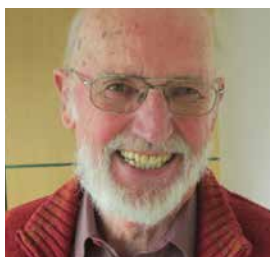
Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de





Ostern – aus der Sicht von Maria von Magdala

Ostern aus der Perspektive von Maria von Magdala – Gedanken von Norbert Brücken, dem Geistlichen Beirat von pax christi Rottenburg-Stuttgart, zur Bildmeditation mit Sieger Köders Werk „Maria von Magdala am Grab“.



Norbert Brücken,
Geistlicher Beirat von
pax christi Rottenburg-Stuttgart

Maria von Magdala sieht das leere Grab und läuft zu Simon Petrus und dem anderen Jünger, den Jesus lieb hatte und sagt: „Sie haben den Herrn aus dem Grab weggenommen und wir wissen nicht, wohin sie ihn hingelegt haben.“ Nachdem die Jünger das leere Grab gesehen haben, kehren die Jünger schließlich wieder nach Hause zurück. (Johannes 20, 1-10)

Die Jünger lassen Maria von Magdala zurück. Sie weint und weint. Die Engel hingegen nehmen sie wahr: „Frau, warum weinst du?“ und möchten mit ihr über ihre Not, ja Verzweiflung sprechen. In diesem Augenblick kommt Jesus hinzu. Aber Maria von Magdala erkennt ihn nicht. Jesus geht ebenfalls liebevoll auf sie ein. Er sagt: „Frau, warum weinst du? Wen suchst du?“ Maria von Magdala kann auch zu Jesus über ihre Not sprechen. Warum weinst du? Jesus sagt nicht etwa: „Du brauchst nicht mehr zu weinen, ich bin auferstanden!“ Das Leid wird sehr ernst genommen, sowohl von den Engeln als auch von Jesus. Maria von Magdala wird in ihrem Leiden abgeholt, ihre Not und Verzweiflung angenommen. In einer Bibliodramasituation habe ich Folgendes erlebt: Eine Frau hatte sich in die Rolle von Maria von Magdala versetzt, sie sagte: „Ich weine, ich weine, ich weine...“ und in diese Not hinein kommt die liebevolle und sehr vertraute Anrede von Jesus: „Maria“. In diesem Moment wurde mir deutlich: auch das ist eine Auferstehungserfahrung.

Jesus holt Menschen in ihrer Notsituation ab. So auch bei dem Jünger Thomas. Da sagt Jesus: „Lege deinen Finger hierher und sieh hier meine Hände, und nimm deine Hand und lege sie hier an meine Seite.“ (Johannes 20, 27) Er darf handfest erfahren, dass der Gekreuzigte auch der Auferstandene ist. Die Wundmale sind da. Sie sind nicht einfach weg. Ganz ähnlich verhält sich Jesus bei den Emmausjüngern. Jesus fragt die Jünger, die über ihre Verzweiflung sprechen: „Was sind das für Geschichten, die ihr da auf dem Weg so eifrig beredet?“ (Lukas 24, 13-35) und später fragt Jesus noch einmal nach, was denn genau passiert sei. Hier dürfen die Jünger ihre Trauer, ihr Unverständnis und ihre Verzweiflung über die Kreuzigung Jesu bei Jesus selbst loswerden.

Meine Frau hat viele Jahre als Pastoralreferentin in der Gemeinde gearbeitet und sowohl am Karfreitag als auch an Ostern gepredigt. Für mich war es schlimm zu erleben, wie sie mit sich gerungen hat, um von Karfreitag bis Ostern zu kommen. Im Osterfest angekommen, waren ihre Predigten dann eher nüchtern und nicht die Jubelbotschaft wie sie in vielen Osterliedern zum Ausdruck kommt. Natürlich ist die Auferstehung für uns Christ*innen ein zentraler Fixpunkt unseres Glaubens. Ebenso zentral ist es aber aus meiner Sicht, den Kreuzweg, Situationen menschlichen Leidens an sich heran lassen, um sich dann von Jesus Christus so liebevoll anreden zu lassen, wie er es bei Maria von Magdala getan hat. So geschieht Auferstehung, auch für jede und jeden ganz persönlich. In Sieger Köders Werk sind die Gräber der Menschen nicht einfach weg, auch der Grabstein von Jesus ist noch da. Mögen wir die Erfahrungen menschlichen Leidens, das wir persönlich erleben und das uns in der Welt begegnet, dazulegen und uns von Jesus darauf ansprechen lassen.

rechts: Sieger Köder, Maria von Magdala am Grab
© Sieger Köder-Stiftung Kunst und Bibel, Ellwangen
www.verlagsgruppe-patmos.de/rights/abdrucke





„Außerhalb unserer Blase wenig bis gar nichts erreicht“

Vor einigen Monaten erreichte pax christi Rottenburg-Stuttgart ein Schreiben zur Kündigung der Mitgliedschaft. Einige Passagen aus diesem pointiert-provokantem Schreiben veröffentlichen wir nun anonym in der Rubrik Zwischenruf, weil sich darin zentrale Fragen nach dem Erfolg der Friedensbewegung und nach dem Sinn des eigenen Engagements stellen.

Sehr geehrte Freundinnen und Freunde in der Friedensbewegung,

über 30 Jahre bin ich Mitglied bei pax christi und habe mich in einer Basisgruppe engagiert. Ich habe meinen dicken pax christi Ordner durchgeschaut und die Themen Revue passieren lassen, die uns in diesen drei Jahrzehnten beschäftigt gehalten haben, z. B. Rüstungsexport, atomare und konventionelle Abrüstung, alternative zivile Friedenssicherung, Nahostkonflikt usw. Bewegt haben wir außerhalb unserer „Blase“ offensichtlich wenig bis nichts, wenn man die heutige weltweite Situation und die aktuelle bundesdeutsche Diskussion dazu wahrnimmt.

Ich habe lange Zeit Ostermärsche und unzählige Vortrags- und Bildungsveranstaltungen mitorganisiert. Vielfach habe ich Andreas Zumach in meine Schulklassen eingeladen, bzw. an andere Schulen vermittelt. Regelmäßig habe ich in meinem Schulunterricht Themen zu „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ behandelt und meine Schüler zumindest zum Nachdenken gebracht, einige auch zum Engagement, Studium und zu verantwortlichem Handeln in diesen Bereichen. Das hat mir den Ruf eines „Linken“ eingebracht, vor allem im katholischen Milieu.

In den letzten fünf Jahren sind mir nun immer größere Zweifel gekommen, ob dieses Engagement noch sinnvoll ist und in die richtige Richtung geht. Dies trifft vor allem zu für die von Links bis Grün und in den Leitmedien propagierte Politik im Bereich Asyl, Flüchtlinge und Migration. Parolen wie „Grenzen für Waffen, Grenzen auf für Menschen“ oder Flüchtlinge als „Chance für Deutschland“, gar als „Geschenke Gottes“, nahm ich in ihrer Schlichtheit zunächst kopfschüttelnd zur Kenntnis. Ich dachte, wenn man einigermaßen realistisch ist, müsste man auch die langfristigen Folgen und gesellschaftlichen Belastungen zur Kenntnis nehmen und diskutieren. Weit gefehlt! Es war gar nicht möglich, in diesem Milieu überhaupt gehört oder ernstgenommen zu werden. Man fühlte sich nur in die „rechte Ecke“ abgeschoben.

Ich habe mich intensiv mit der Literatur zu Gesinnungs- und Verantwortungsethik beschäftigt und ein durchaus differenziertes Bild der Problematik vorgefunden: Max Weber, Hans Jonas, Karl Popper, Konrad Ott, Julian Nida-Rümelin, Heinrich August Winkler, David Goodhart, Eckhard Jesse, Giovanni di Lorenzo – alles keine „Rechten“! Dann erinnerte ich mich an die gesinnungsethische Argumentation von Joschka Fischer zum Kosovokrieg sowie das Merkelsche „Wir schaffen das“ und die folgende „Refugees Welcome“-Kultur mit ihrem moralischen Eifer, ja moralischer Überlegenheit, die häufig gar zur „Moralkeule“ wurde. Wer diesen Moralrigorismus wie eine Monstranz vor sich hertrug, kombiniert mit überzogener Political Correctness und verkrampfter Genderkorrektheit (wie sie auch bei uns gepflegt wird, z. B. viermal auf einer Seite „Leser*innenbriefe“, „Mitglieder*innen“, „Verfolgung von Jüdinnen und Juden“ usw.), hätte auch die Gegenkräfte ins Kalkül ziehen müssen, die provoziert wurden, nämlich die äußerst bedauerliche Zunahme rechtsextremer Kräfte in Europa von AfD bis Front National. Ohne Hellseher sein zu müssen, habe ich diese Entwicklung befürchtet.

Die Warnung, dass Gesellschaften der Migration gegenüber nicht unbegrenzt aufnahme- und integrationsfähig sind, dass sich die Folgen und Auswirkungen

nicht durch „Gutmenschentum“ bewältigen lassen, wurde manchmal „schöngeredet“, meistens aber einfach tabuisiert, gerade auch bei pax christi.

Thematisiert wurde nicht, welchen Verlust die Massenemigration überwiegend junger dynamischer Männer für die afrikanischen Heimatstaaten bedeutet. Nicht thematisiert wurde die Entstehung eines Heers von wenig- bis nichtqualifizierten Arbeitskräften, die den Niedriglohnsektor bedienen oder gar wie in Südeuropa als moderne „Sklaven“ gehalten werden. Stattdessen passte man sich der egoistischen Diktion aus Wirtschaftskreisen an, die den Arbeitskräftebedarf, z. B. in deutschen Alten- und Pflegeheimen oder beim Handwerk, im Blick hatten. Beschäftigung finden Migranten, wenn überhaupt, hauptsächlich aber in Großbetrieben!

schaften, zu beobachten u. a. am Beispiel des Berliner Drogenhandels, überwiegend in afrikanischer Hand. Fast die Hälfte der in unserer Strafvollzugsanstalt Einsitzenden sind Migranten. Auch dieses Faktum und die dahinter stehenden Ursachen wurden weggedrückt.

Kein Problem hatte man bei pax christi auch mit den kulturellen Diskrepanzen zwischen den Werten des Grundgesetzes sowie unserer liberalen Gesellschaft und denen vieler Migranten wie Islamismus, Antisemitismus, Machismus, Misogynie, Homophobie, Christenfeindlichkeit, ja sogar auch Deutschenfeindlichkeit auf Schulhöfen, wie glaubhaft in seriösen Medien zu lesen ist und wie mir meine Enkelkinder aus eigener Erfahrung berichten.



Filterblasen – ein Begriff der ursprünglich aus der Medienwissenschaft stammt. Er beschreibt das Ergebnis eines Prozesses automatisierter digitaler Handlungsvorschriften („Algorithmen“), wonach Nutzer*innenverhalten im Internet zu einer wachsenden Abschirmung von Informationen führt, die nicht dem Standpunkt der Nutzer*innen entsprechen.

Kein Thema war die grassierende Wohnungsnot vor allem für größere oder einkommensschwache Familien, die man über Jahrzehnte dem „freien“ Wohnungsmarkt überlassen hatte. Jetzt aber baute man für die Ankömmlinge mit Milliarden Steuergeldern plötzlich neue Wohnungen und eröffnete einen neuen Verteilungskampf. Thema war auch nicht der zwangsläufige Bildungs- und Schulnotstand bei 300 000 neu dazukommenden Schülern in einem einzigen Jahr. Die heutigen Klassen mit 80 und mehr Prozent Migrantenanteil in Grund- und Hauptschulen, vor allem in Großstädten, werden idealisiert („Vielfalt der Kulturen“) oder romantisiert („bunte Gesellschaft“), die Lehrer lässt man allein mit den Alltagsproblemen. Und man schickt seine Kinder auf ein katholisches Bildungszentrum mit auffallend niedrigem Migrantenanteil.

Wissen wollte man auch nichts von den urbanen Problemen wie den rechtsfreien Parallelgesell-

Vor diesem Hintergrund halte ich es für verantwortungslos und kann es deshalb nicht akzeptieren, dass pax christi sich akut an Aktionen wie „Seebrücke“ und „united4rescue“ beteiligt. Das sind kontraproduktive Signale, die Massenmigration nach Europa fördern, wie es auch von afrikanischen Wissenschaftlern und Aktivisten beklagt wird. Ich bin nicht bereit, mit meinem Mitgliedsbeitrag diese fragwürdigen Aktivitäten auf diesem Gebiet zu unterstützen, so leid es mir auch um die anderen von mir sehr geschätzten o.g. „Arbeitsfelder“ von pax christi tut. Darum kündige ich meine Mitgliedschaft zum nächstmöglichen Termin.

Ein ehemaliges Mitglied

Reaktionen auf diesen Zwischenruf an: paxchristi-rs@bo.drs.de
Gerne veröffentlichen wir diese in Fortsetzung dieser Reihe.



Neues Unterrichtsmaterial: Leben in Frieden und Sicherheit?

Monika Bossung-Winkler, pax christi Speyer, und Richard Bösch, pax christi Rottenburg-Stuttgart, haben zusammen ein dreimoduliges Material für den Schulunterricht entwickelt. Es enthält auch eine Unterrichtseinheit zu „Sicherheit neu denken“. Mitherausgegeben wird es vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor. Wir stellen es in pax info 73 vor.

Repräsentative Umfragen zeigen, dass Krieg, Frieden, Konflikt und Gewalt Themen sind, von denen sich auch Jugendliche direkt betroffen fühlen und die sie nachhaltig beschäftigen. Die Sorgen um den Frieden sind groß und ein erheblicher Teil der Jugendlichen bezweifelt, dass die Welt friedlicher wird. So fürchteten sich laut Shell Jugendstudie noch im Jahr 2015 60 Prozent der Jugendlichen in Deutschland vor einem Krieg in Europa. Wenngleich diese unmittelbare Angst vor Krieg in Europa zurückgegangen ist, so haben im Jahr 2019 71 Prozent der Jugendlichen Angst vor Umweltzerstörung und ihren Folgen und 66 Prozent Angst vor Terroranschlägen. Die Angst vor Zuwanderung nimmt ebenso zu, liegt aber hinter der Angst vor wachsender Fremdenfeindlichkeit. Insgesamt sieht nur eine knappe Mehrheit der Jugendlichen die gesellschaftliche Zukunft positiv.

In Zeiten der Covid-19-Pandemie wird verstärkt deutlich, was Menschen in Deutschland und weltweit ohnehin wahrnehmen: wir erleben beschleunigten gesellschaftlichen Wandel, der Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen weiter verschärft. Die weltweite Krise führt zu Verunsicherung, löst Ängste aus und fordert gleichzeitig die Suche nach Orientierung und Sinn und damit nach Handlungs- und Lebensperspektiven. Es ist auch eine wesentliche Aufgabe der schulischen Bildung, eigene Haltungen und Positionen zu den Grundfragen des friedlichen Zusammenlebens in der eigenen und der Weltgesellschaft zu entwickeln und Chancen auf Mitgestaltung zu erkennen und wahrzunehmen. In diesem Sinne kann Schule Raum dafür bieten, sich konstruktiv mit den Konflikt- und Gewaltpotenzialen nicht nur im sozialen Nahraum, sondern in der Gesellschaft und im globalen Rahmen auseinanderzusetzen. Dabei ist die Vermittlung zweier Schlüsselkompetenzen entscheidend: Konflikte als Chance für positive Veränderung wahrnehmen und Respekt vor dem Anderen.

Vor diesem Hintergrund möchte das Material über den engeren thematischen Rahmen hinaus Anregung dafür sein, der Friedensbildung in der Schule weitere Räume und Möglichkeiten zu eröffnen, damit Schüler*innen befähigt und ermutigt werden, eigenständige Beiträge zum Frieden über die Schule hinaus in der Gesellschaft zu leisten.

Das vorliegende Material greift auf Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Friedenspädagogik zurück. So zeigt etwa eine umfangreiche Studie von Erica Chenoweth und Maria Stephan auf der Grundlage der Analyse von 323 Konflikten von 1900 bis in die 2000er Jahre, dass gewaltfrei agierende Gruppen in 50 Prozent aller Fälle erfolgreich waren und die entsprechende Gesellschaft sich nachhaltig friedlich weiterentwickelte. Gewaltsame Aufstände waren hingegen im Sinne ihrer Ziele nur in 25 Prozent der Fälle erfolgreich und wiesen keine nachhaltig friedliche Entwicklung auf – eine Erkenntnis, die nicht nur für Schüler*innen überraschend ist, weil sie nicht der landläufigen Meinung entspricht. Angesichts kontrovers debattierter militärischer Interventionen weltweit, an denen auch die Bundeswehr beteiligt ist, erscheint eine Auseinandersetzung von Schüler*innen mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen daher sehr lohnenswert. Wie die politikwissenschaftliche



In **Modul 1** wird mit der Methode der Bildassoziationen gearbeitet – zentrale Fragen an Schüler*innen: Was ist dargestellt? Gibt es Bezüge zu meinem Leben? Frieden ist für mich ...

Die Fallbeispiele von **Modul 2** „Konfliktsituationen“

1. Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Wyhl 1973-1977
2. Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998
3. Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 1950er Jahren (Rosa Parks)
4. Eine Mauer wird gebaut – Israel/palästinensische Gebiete 2002
5. Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003
6. Schüler*innen treten aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik in einen Hungerstreik – Landau 2020



Das Konzept „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheit“ beschreibt drei Szenarien – Schüler*innen setzen sich **Modul 3** spielerisch damit auseinander.

und soziologische Forschung seit langem zeigen, ist der politische bzw. öffentliche Diskurs allzu oft von einem Denken in Bedrohungskategorien geprägt, das gesellschaftliche Krisen und Konflikte weltweit nahezu ausschließlich aus der Perspektive von Machtpolitik und militärischer Sicherheit durch Abschreckung deutet. Hier knüpft das Konzept „Sicherheit neu denken“ an, das im vorliegenden Material eine zentrale Rolle spielt.

Die Frage, wie ein „Leben in Frieden und Sicherheit“ nicht nur individuell, sondern mit Blick auf die Menschheit insgesamt gelingen kann, lässt sich offenkundig im Gesamtzusammenhang der gesellschaftswissenschaftlichen und wertorientierten Fächer verorten. So wird im Fach Geschichte bei-

spielsweise erarbeitet, wie sich Europa von einem Kontinent konkurrierender und zeitweise verfeindeter (National-)Staaten über Kriege und Weltkriege bis hin zur Europäischen Union entwickelt hat, die nicht wenige auch als „Friedensprojekt Europa“ bezeichnen und darauf hinweisen, dass dieses heute mehr denn je bedroht ist. Im Fach Erdkunde wiederum wird z. B. mit Blick auf weltweite Lieferketten und Abhängigkeitsverhältnisse Globalisierung kritisch erörtert. Dem Fach Sozialkunde kommt klassischerweise die Aufgabe zu, die demokratischen Strukturen und Prozesse der deutschen Gesellschaft zu beleuchten, verbunden mit Reflexion darüber, wie deutsche Politik, Gesellschaft und Kultur im internationalen Kontext agiert und wahrgenommen wird. Schließlich bieten die explizit wertevermittelnden Fächer (Religion, Philosophie, Ethik) aus der (Ideen-)Geschichte, der Religion und der eigenen Spiritualität heraus Kriterien dafür an, wie Individuen, Gruppen und Gesellschaften Wege friedlicher Entwicklung gestalten können. Kurzum: Bildungs- und Lehrplanbezüge für dieses Material sind vorhanden.

Das Material ist als Projekttag konzipiert, jedoch in drei Module zu je 90 Minuten eingeteilt, um den schulischen Zeitrahmen einzuhalten. Grundsätzlich ist es auch möglich, die Module in den laufenden Unterricht zu integrieren. Modul 1 („Frieden – was ist das?“) zielt darauf ab, Schüler*innen in ihrer Lebenswelt abzuholen und Sprachfähigkeit über das, was Frieden und Unfrieden sein kann, zu vermitteln. In Modul 2 („Konfliktsituationen“) werden sechs Konfliktsituationen aus vier Kontinenten vorgestellt, die erfolgreich gewaltfrei bearbeitet wurden – die Schüler*innen kennen aber zunächst nur die Ausgangssituation und entwerfen eigene Entwicklungsszenarien. In Modul 3 arbeiten die Schüler*innen mit dem Konzept „Sicherheit neu denken“ fügen die „Puzzleile“ der darin enthaltenen Szenarien eigenständig zusammen.

Das Material kann frei unter www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de -> Friedensbildung -> Materialien zur Friedensbildung heruntergeladen werden.



Richard Bösch
Geschäftsführer / Referent
für Friedensbildung,
pax christi Rottenburg-Stuttgart



Protest gegen De-facto-Annexion der Westbank

442 Parlamentarier*innen aus 22 europäischen Ländern¹ fordern in einem Brief an die europäischen Regierungen angesichts der schleichenden Annexion des Westjordanlands den Druck auf die israelische Regierung zu erhöhen. 41 deutsche Abgeordnete, darunter Vertreter*innen der Partei Die Linke, von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, haben ihn mitunterzeichnet. Der Brief im Wortlaut.

Sehr geehrter Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sehr geehrte Außenminister*innen,

der Beginn der Präsidentschaft Bidens stellt eine dringend notwendige Gelegenheit dar, den israelisch-palästinensischen Konflikt mit neuer Anstrengung anzugehen. Die vorherige US-Regierung hat den Konflikt weiter entfernt vom Frieden denn je zurückgelassen. Die Biden-Administration bietet die Chance, den Kurs zu korrigieren, und schafft mehr Spielraum für substanzielles europäisches Engagement und Führung. Parallel dazu bietet die Ankündigung palästinensischer Wahlen, die in den kommenden Monaten abgehalten werden sollen, eine Perspektive für eine politische Erneuerung und Wiedervereinigung der Palästinenser*innen.

Die kürzlich getroffenen Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen Israels [Anmerkung der Redaktion: mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und mit Bahrain] haben die israelische Regierung veranlasst, ihre Pläne zur formalen Annexion von Teilen der Westbank auszusetzen. Die Entwicklungen vor Ort deuten jedoch klar auf eine schnell voranschreitende de-facto-Annexion hin, insbesondere durch den beschleunigten Siedlungsausbau und die Zerstörung palästinensischer Häuser und Infrastruktur.

Trotz Coronavirus-Pandemie gab es im letzten Jahr die höchste Zahl an Zerstörungen von palästinensischen Häusern innerhalb von vier Jahren, darunter auch humanitäre Einrichtungen, die mit europäischer Unterstützung eingerichtet wurden. U. a. wurde dabei nahezu die gesamte Kommune in Khirbet Hamsa al-Foqa zerstört – für die Vereinten Nationen die umfangreichste gewaltsame Vertreibung seit über vier Jahren. Gleichzeitig wuchsen illegale israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten laut Peace Now auf den höchsten Stand seit 2012. Der erst kürzlich genehmigte Bau der Siedlung Givat Hamatos, die zuvor als rote Linie der Europäer bezeichnet worden war, ist dabei besonders besorgniserregend.

In der Zwischenzeit verschlechtert sich die humanitäre Situation in Gaza unter der israelischen Blockade und durch innerpalästinensische Spaltungen weiter. Das Risiko einer gewaltsamen Eskalation bleibt in Gaza weiter bestehen.

Falls diese negativen Entwicklungen anhalten, werden alle Anstrengungen, den Dialog wieder aufzunehmen und Vertrauen wiederaufzubauen, erfolglos bleiben. Diese Politik eliminiert die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung und verfestigt die Realität der Ein-Staat-Lösung mit ungleichen Rechten und einem fortwährenden Konflikt. Ein solches Szenario für die Region ist sowohl inakzeptabel als auch strategisch nicht tragfähig.

Während der Trump-Administration spielte Europa eine unverzichtbare Rolle dabei, die stark unter Druck geratenen Verhandlungsgrundsätze – international vereinbarte Bedingungen und das Völkerrecht – als Rahmen für eine gerechte Bearbeitung des Konflikts aufrechtzuerhalten.

Für Europa ist jetzt die Zeit gekommen, nicht nur für diese Grundsätze einzustehen, sondern progressiv voranzuschreiten. Europa muss mit der Biden-Ad-

¹ Österreich, Belgien, Dänemark, Tschechien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien.

ministration, den Ländern in der Region und relevanten Akteuren vor Ort zusammenarbeiten, um unilaterale Aktionen zu verhindern, die die Chancen auf Frieden untergraben, um die Rechte und die Sicherheit aller Menschen unter Israels Kontrolle zu fördern und um Voraussetzungen zu schaffen, die die Aushandlungen weiterer Vereinbarungen in der Zukunft möglich machen.

In diesem Bemühen sollten die EU und weitere europäische Staaten ihre Führungsrolle demon-

ist auch eine aktive europäische Unterstützung der palästinensischen Versöhnung und der Wahlen in den palästinensischen Gebieten, wodurch die Basis für eine Beendigung der Isolation Gazas geschaffen wird. Wir freuen uns darauf, diese politischen Prioritäten mit Ihnen zusammen voranzubringen und unsere gemeinsamen Ziele von Freiheit und Gleichheit für alle Israelis und Palästinenser*innen zu verwirklichen.



Häuserzerstörungen nahe der Mauer – Teilnehmer*innen einer pax christi Multiplikator*innenreise im März 2019 machten sich aus nächster Nähe ein Bild von den Häuserruinen

strieren, indem sie die verfügbaren politischen Instrumente nutzen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei konkrete Schritte zur Sicherstellung einer Differenzierung zwischen Israel und den Siedlungen auf der Grundlage von Resolution 2334 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Palästinensische Kommunen, die dem Risiko der Zerstörung und gewaltsamer Vertreibung ausgesetzt sind, sollten mehr diplomatische, rechtliche und finanzielle Unterstützung bekommen. Von zentraler Bedeutung

*Dieser Brief ist auf Initiative von vier prominenten israelischen Friedensaktivist*innen entstanden: Zehava Gal-On, ehemalige Vorsitzende von Meretz; Avraham Burg, ehemaliger Leiter der Jewish Agency, ehemaliger Abgeordneter der Arbeitspartei und Präsident der Knesset; Naomi Chazan, ehemalige Präsidentin des New Israel Fund; Michael Ben-Yair, ehemaliger Generalstaatsanwalt.*

Übersetzung aus dem Englischen: Richard Bösch



Entrüstet unterwegs?! – Rüstungs-kritische BDKJ-Jugendaktion

Im Rahmen der aktuellen BDKJ-Jugendaktion beschäftigen sich drei Arbeitsgruppen mit Fluchtursachen: Rüstungsexporte, Klima und Weltwirtschaft. Katharina Schmitt stellt in pax info einen interaktiven Stationenparcours in Tübingen vor, mit dem das Thema Rüstungsexporte für interessierte Jugendliche zugänglich gemacht werden soll.

Krieg – Frieden – Waffen. Ganz schön große Wörter. Was bedeuten sie eigentlich? Was haben sie miteinander zu tun? Und was denkst Du/ Was denken Sie eigentlich darüber? Wir wollen Sie und Euch mitnehmen auf einen Spaziergang rund um das Thema Rüstungsexporte. Einen Spaziergang gefüllt mit Erfahrungen, Nachdenken, Wirken lassen, Weiterdenken und ins Handeln kommen. Über die aus Deutschland exportierten Waffen, die deutschen Exportgesetze und wo sie umgangen werden, bis hin zu Fragen über Frieden und der Welt, in der wir leben wollen, will der Spaziergang aufmerksam machen auf ein Thema, das sonst oft hinter verschlossenen Türen besprochen wird. Dafür kooperieren wir mit Geschäften, kulturellen Einrichtungen, Kirchen und anderen, um in den Räumen Stationen zu verorten und gemeinsam Blickfänge schaffen zu können.

Zwei Varianten gibt es dafür aktuell (bis Mai 2021) in Tübingen: Eine Route ist über die App ActionBound organisiert, eine analoge Route steht den Spaziergänger*innen über ausgehängte Plakate zu Verfügung.

Alle Informationen zur Route, Startpunkten etc. finden sich auf unserer Website entruestet-unterwegs.bdkj.info. Damit Interessierte den Spaziergang auch an anderen Orten durchführen können, gibt es die Materialien dort auch digital. Fragen oder Feedback gerne per Mail an: entruestet-unterwegs@posteo.de

Konzipiert und organisiert wurde der Spaziergang von einer Gruppe Studierender, die sich im Rahmen der Jugendaktion des BDKJ mit dem Thema Rüstungsexport beschäftigt. Die Jugendaktion des BDKJ Rottenburg-Stuttgart ist eine Aktion, die mit Unterstützung der Fachstelle Globales Lernen und dem Arbeitskreis Eine Welt Politik stattfindet. Teil der Jugendaktion sind interessierte und motivierte Jugendliche und junge Erwachsene, die Lust haben, sich mit einem global relevanten Thema auseinander zu setzen, Aktionsformen zu entwickeln und aktiv zu werden. Dieses Jahr trägt unsere Jugendaktion den Titel „VerFLUCHT zu fliehen, warum Menschen ihre Heimat verlassen (müssen)“.

Wir setzen uns mit den Fluchtursachen, die von Deutschland ausgehen, auseinander und stellen uns die Frage: Was haben wir mit Flucht zu tun? Im Fokus stehen dabei die drei Teilbereiche Rüstungsexporte, Klima und Weltwirtschaft.



Mitglieder der Kleingruppe testen ihren Stationenparcours und hoffen, dass viele Interessierte „entrüstet unterwegs“ sein werden.



Katharina Schmitt und Sophie Zender
Für die Kleingruppe Rüstungsexporte, BDKJ Jugendaktion 2021

Für weiterführende Informationen oder bei Interesse, Teil der Jugendaktion zu werden: www.bdkj.info/fachstellen/globales-lernen

Termine

Mai 2021

8.05., 10:00 – 16:00 Uhr pax christi Studientag zum Jahresschwerpunktthema Nahost: Im Gespräch mit Ute Augustyniak-Dürr, Ordinariatsrätin, Leiterin der Hauptabteilung Schulen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, zu ihrer Zeit als Lehrerin und Schulleiterin an der deutschen Auslandsschule in Talitha Kumi / Beit Jala Westbank. Am Nachmittag online-Meeting mit Kooperationspartnern in Bethlehem. Die Veranstaltung ist in hybrider Form im Welthaus Stuttgart, Charlottenplatz geplant.

19.05., 10:00 – 16:00 Uhr Online-Veranstaltung „Friedensbildung in Europas Schulen“ digitales Fachgespräch, Evangelische Akademie Bad Boll, Anmeldung unter susanne.heinzmann@ev-akademie-boll.de

Mai 2021

19.06.2021, 10:00 – 16:00 Uhr pax christi Basistag in Stuttgart-Hohenheim

Juli 2021

29./30.06., „Frieden in Bewegung 2021“ Station in Friedrichshafen

16.07., 18:00 Uhr bis 18.07.2021, 14:00 Uhr pax christi Diözesanversammlung 2021 in Rottenburg

Frieden in Bewegung 2021

Die Friedenswanderung der NaturFreunde Deutschlands führt in 65 Tagesetappen zu je 15 bis 30 Kilometern von Hamburg (Auftritt 1.05) nach Konstanz mit Abschlussveranstaltung am 4.07. (Station Friedrichshafen am 29./30.06.). Alle friedensbewegte und interessierte Menschen sind dazu eingeladen, eine oder mehrere Etappen mitzuwandern, um ein Zeichen für gewaltfreie Konfliktlösungen und eine globale Abrüstung zu setzen. Unterwegs wird es an verschiedenen Orten Kundgebungen und Veranstaltungen geben. pax christi unterstützt die Friedenswanderung und lädt herzlich zur Teilnahme ein. Weitere Informationen zur Route und Anmeldung unter www.frieden-in-bewegung.de. Wer Ideen zu einem Rahmenprogramm hat, bitte gerne bei uns melden.

pax christi Diözesanversammlung 2021

Die diesjährige Diözesanversammlung wird in hybrider Form geplant und findet vom 16.07. bis 18.07. in Rottenburg im Johann-Baptist-Hirscher Tagungshaus statt. Neben Vorträgen mit Diskussion zum Jahresschwerpunktthema Nahost stehen ein Spaziergang auf den Spuren von Bischof Sproll, Eugen Bolz und Hl. Martin von Tours sowie ein Literaturgottesdienst mit Lesung aus dem Buch „In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg“ von Prof. Helmut Kurz auf dem Programm. Alle Mitglieder erhalten hierzu noch eine persönliche Einladung.

Informationen zu Terminen und Veranstaltungen immer aktuell unter www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de und auf Facebook unter www.facebook.com/Pax-Christi-Baden-Württemberg-1779870875459957.de

Impressum

Herausgegeben von

pax christi
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
Jahnstraße 30
70597 Stuttgart (Degerloch)
Tel: (0711) 9791-4841/4842
E-Mail: paxchristi-rs@bo.drs.de
www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensbildung:
Richard Bösch (Adresse wie oben)

Vorsitzende:

Wiltrud Rösch-Metzler
Burgauer Straße 7
70567 Stuttgart
Tel: (0711) 2626720
paxchristi@roesch-metzler.de

Geistliche Beirätin:

Irmgard Deifel
Herrenbergerstraße 7/3
72070 Tübingen
irmgard.deifel@t-online.de

Geistlicher Beirat:

Norbert Brücken
Ebnestraße 38
72766 Reutlingen
norbert.bruecken@web.de

Bankverbindung:

Pax-Bank eG
IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17
BIC: GENODE1PAX

Redaktion:

Richard Bösch, Sabine Seebacher, Christian Turrey,
(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Druck:

Druckhaus Stil, Stuttgart
Gedruckt auf Recyclingpapier das mit dem „blauen Engel“ ausgezeichnet ist.

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 900 Exemplare

Bildquellen:

Titel: © Scharmantes Design
S. 3 oben: © pax christi/ Alea Horst, unten: Daniel Hügel;
S. 4/5: Hannah Brinkmann/avant-Verlag;
S. 6: Christian Turrey;
S. 8/9: © Scharmantes Design;
S. 10: Norbert Brücken;
S. 11: Sieger Köder, Maria von Magdala am Grab,
© Sieger Köder-Stiftung Kunst und Bibel, Ellwangen,
www.verlagsgruppe-patmos.de/rights/abdrucke;
S. 13: Eigene Darstellung/© Richard Bösch;
S. 15 oben: Misereor / Oupa Nkosi, Südafrika 2015;
Mitte: www.sicherheitneudenken.de; unten: Richard Bösch;
S. 17: Richard Bösch;
S. 18 oben/unten: Katharina Schmitt;
Rückseite: pax christi Deutsche Sektion

Die von pax christi mitgetragene „**Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!**“ protestierte am 26. Februar mit der Kunstaktion „Rüstungsexporte können tödlich sein. Deutschland braucht endlich ein Rüstungsexportkontrollgesetz.“ gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und für ein Rüstungsexportkontrollgesetz. Den Opfern deutscher Rüstungsexporte eine Stimme geben – den von deutschen Waffen verletzten und getöteten Menschen, kriegerisch eingesetzt durch Empfängerländer wie Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Türkei.




Bundesrepublik
Deutschland

**Rüstungskonversion kann
helfen, das Waffen-
exportieren aufzugeben**

Wollen Sie auch, dass Rüstungsexporte gestoppt werden?
Unterstützen Sie Aktion Aufschrei! – Stoppt den Waffenhandel!



**Rüstungsexporte
können tödlich sein!**

Wollen Sie auch, dass Rüstungsexporte gestoppt werden?
Unterstützen Sie Aktion Aufschrei! – Stoppt den Waffenhandel!




Bundesrepublik
Deutschland

**Rüstungsexporte schaden
der friedenspolitischen
Glaubwürdigkeit**

Wollen Sie auch, dass Rüstungsexporte gestoppt werden?
Unterstützen Sie Aktion Aufschrei! – Stoppt den Waffenhandel!

